

CDU kritisiert Pläne für kostenloses Busfahren

FLENSBURG Der Hauptausschuss hat beschlossen, die Fahrten mit Aktiv-Bus über zwölf Monate ab August jeden letzten Freitag des Monats kostenlos nutzbar zu machen. SPD, SSW, Bündnis 90/Die Grünen und WiF wollen damit den „Wiedereinstieg“ in eine stärkere Nutzung der Businfrastruktur fördern. „Dazu sollen Erkenntnisse über die kostenfreien Busfahrten gewonnen werden, um das Nutzungsverhalten in Flensburg genau zu analysieren und Erkenntnisse für die Zukunft zu gewinnen“, heißt es in der Beschlussvorlage der Fraktionen.

Die Flensburger CDU-Ratsfraktion kritisiert diesen mehrheitlich gefassten Beschluss und warnt, dass „das Defizit der Stadt Flensburg um weiter 160 000 Euro“ erhöht werde. „3,2 Millionen Euro, die dem Stadthaushalt nach einem guten Wirtschaftsjahr der Stadtwerke Flensburg zufließen, müssen aus unserer Sicht mehrheitlich in den Abbau des aufgelaufenen Defizits fließen, um als Stadt Flensburg endlich wieder selbst über unsere Projekte entscheiden zu dürfen“, erklärte der CDU-Fraktionsvorsitzende Arne Rüstemeier. „Nicht nur erhöht das den Preis für die unterschiedlichen Monatstickets mittelbar um 3,3 Prozent, auch ist überhaupt nicht klar, welche Effekte eigentlich messbar bewirkt werden sollen.“

Experiment zu teuer

„Die Ausschussmehrheit scheint zu glauben, man könne angebliche Vorbehalte gegen das Busfahren durch Freifahrtscheine aus der Welt schaffen. Ich halte das für ein Gerücht und nenne das eine ziellose Umverteilung auf Kosten nachfolgender Generationen“, so Rüstemeier weiter. Die Befürworter sehen in dem zeitlich begrenzten Projekt die Möglichkeit, neue Zielgruppen für eine dauerhafte ÖPNV-Nutzung zu gewinnen. Auch werde die Innenstadt gestärkt.

Der CDU ist das Experiment zu teuer: Flensburg gilt als Konsolidierungskommune, weil die Ausgaben dauerhaft die Einnahmen übersteigen. Ziel der Kommunalpolitik müsse es nach Meinung der Christdemokraten sein, einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen, um selbstbestimmt arbeiten zu können. „Durch massive Unterstützung der Landesregierung war das Defizit im vergangenen Jahr um 20 Millionen Euro verringert worden, in jedem Monat der Jahre 2021 und 2022 steigt das Defizit aber geplant wieder um je eine Million Euro“, so die CDU. *ft*

„Ohne Wahrheit keine Versöhnung“

Zeina Barakat (Ost-Jerusalem) und Theologe Ralf Wüstenberg von der Uni Flensburg sowie Islamwissenschaftler Udo Steinbach haben die Graduiertenschule initiiert

Antje Walther

Der Waffenstillstand im Nahen Osten ist noch frisch, als Zeina Barakat aus dem Stadtteil Belt Hanina in Ost-Jerusalem einen besorgniserregenden Augenzeugenbericht der Tage davor abgibt. „Ich bin Zeugin eines Krieges“, sagt die promovierte Sozialwissenschaftlerin. „Israel bombardiert Gaza und Gaza bombardiert Israel.“ Die wissenschaftliche Mitarbeiterin der Europa-Universität Flensburg (EUF) und Gastwissenschaftlerin an der University of Cambridge lebt in Deutschland und ist zur Zeit in Ost-Jerusalem.

Die Ereignisse greifen sie emotional an. Ein israelischer Siedler habe ihren Cousin in den Bauch geschossen – „for no reason“ – und schwer verletzt, berichtet sie mit wegbrechender Stimme und sagt: „Weil die Siedler uns hier als Palästinenser nicht dulden.“ Siedler seien es auch gewesen, die Wasser chemisch verunreinigt hätten, wovon sie

„Unser Konflikt wird eines Tages gelöst sein.“

Dr. Zeina Barakat
Europa-Universität Flensburg

zweimal krank wurde. Ihre Beobachtung: Die israelische Polizei schütze sie und die arabische Nachbarschaft im Ost-Jerusalem Stadtteil nicht vor den Übergriffen der israelischen Siedler. Barakat, die drei Brüder hat und deren Großvater schon in Ost-Jerusalem lebte, hat auch Angst um ihren Vater, der einen Laden betreibt. „Wir leben in Terror, in Angst, ungeschützt. Das ist eine Ungerechtigkeit.“

Ausgerechnet sie als Friedensaktivistin, die sich seit Jahren um die israelisch-palästinensische Aussöhnung bemüht und in einem früheren Projekt 100 palästinensische Studenten durch Auschwitz und Buchenwald führte, um die jungen Leute für die Gräueltaten der Shoah zu sensibilisieren, treffen die Erlebnisse ins Mark. Als einzigen Ausweg sieht die Palästinenserin Verhandlungen und ein Ende des Krieges. „Wir sind es wert zu leben und nicht wie Bürger zweiter Klasse behandelt zu werden“, betont Zeina Barakat.

Die Wissenschaftlerin ist Teil eines Flensburger Projekts, das unter dem Namen „European Wasatia Graduate School for Peace and Conflict Resolution“ als interdisziplinäres Promotionskolleg israelische, palästinensische



Israelische Bürger unterstützen Soldaten der Israelischen Verteidigungsstreitkräfte (IDF), die an der israelischen Gaza-Grenze bei Sderot stationiert sind. Foto: Iliya Yefimovich

und deutsche Studierende zu Multiplikatoren machen, den Spalt schließen und Versöhnung herbeiführen soll, wie sie sagt. Wasatia ist arabisch und heißt Ausgleich. Die neuen Friedensbotschafter sollen eine Brücke schlagen zwischen der historischen Analyse, theoretischen Konfliktlösungsstrategien und ihrer realpolitischen Umsetzung.

Prof. Ralf Wüstenberg, der an der Flensburger Uni die Abteilung Dialog der Religionen, systematische und historische Theologie leitet, ist ein weiterer Initiator des Vorhabens. Er sagt: „Die Nachrichten aus Nahost haben unserem Trilateralen Graduiertenprojekt eine dringende Aktualität verliehen.“

Der Islamwissenschaftler Prof. Udo Steinbach ist der Dritte im Bunde der leitenden Köpfe und spricht für die Maecenata-Stiftung aus Berlin und München. Sie werde das Programm in den breiten Kontext der Zivilgesellschaft einordnen, fasst er zusammen, beginnend von der Auswahl der Stipendiaten bis hin zu Beiträgen zu Lehrveranstaltungen oder praktischen Dingen bei Berlin-Besuchen etwa.

Nach dem Start des für zunächst drei Jahre geplanten und aus Bundesmitteln finanzierten Pilotprojekts im November 2020 stehen seit vielen Wochen die Erstgespräche mit Bewerbern an. Fast ein Dutzend seien es bislang, sechs bis acht davon sollen im Herbst zunächst in Flensburg beginnen. Für Ralf Wüstenberg ist das „ein echtes Zeichen von Hoffnung, dass mitten im Konflikt auch ganz andere Stimmen hörbar sind.“ Er berichtet von einer Israeli, die angekündigt, dass das Gespräch womöglich unterbrochen werden würde, wenn sie in den Bunker müsse. Sie will

sich mit der Erinnerungskultur von Nakba auseinandersetzen, also der Vertreibung von hundertausenden Palästinensern. Unter den palästinensischen Kandidaten seien welche, die sich dem Problem des Erinnerns der Shoah in ihrem Land widmen wollen. „Es gibt neben dem Kriegsdiskurs auch den Friedensdiskurs“, folgert der Theologe daraus. Und er hofft: „Es ist diese kleine, aber beachtliche Gegenwirklichkeit junger gebildeter Menschen, die einmal die Zukunft der Region gestalten werden.“

Zügige Verhandlungen notwendig

„Wir fangen an, dort wo man anfangen muss“, sagt Udo Steinbach mit Blick auf das Flensburger Vorhaben. Denn nicht nur das politische Nebeneinander der Parteien sei zu organisieren, „sondern auch psychisch und psychologisch in den Herzen der Beteiligten zu verankern.“ Der Experte verortet den Spielball aktuell „im Hof der israelischen Regierung“, die zuständig sei für die Sicherheit aller Bürger im Land.

Seit dem 21. Mai um 2 Uhr morgens gilt ein Waffenstillstand. Doch Steinbach weiß aus Erfahrung, dass oft „die Waffen schwiegen, und hinterher schwiegen alle“. Der Konflikt habe eine schlimmere Qualität als je zuvor, weil er tief nach Israel hineingetragen worden sei mit der Perspektive eines Bürgerkrieges. Hinzukämen militante Siedler und radikalisierte Teile der Gesellschaft und Regierung, beobachtet der Kenner der Region und mahnt, dass zügige Verhandlungen umso wichtiger seien.

Die radikalen Siedler dürften in der Minderheit sein, aber wenn die Regie-

rung dieser Minderheit erlaube, das Heft des Handels zu behalten, dann müsse man die israelische Regierung zur Verantwortung ziehen, sagt Steinbach. Sowohl in erster Linie die USA als auch die EU sollten entschlossen ihren Willen zu einer politischen Lösung durchsetzen. Bundeskanzlerin Angela Merkel hält er zugeht, dass sie explizit die Verhandlung mit allen Seiten bejahte, also auch mit

erläutert der Flensburger Professor. Im Herbst seien zwei Auftaktveranstaltungen vorgesehen, eine wissenschaftliche mit dem Interdisciplinary Center for European Studies (ICES) der EUF, und eine am 9. November in Berlin, bei der Wolfgang Huber die Festrede halten werde.

Auch der Antisemitismusbeauftragte der Bundesregierung unterstütze das Projekt, sagt der Theologe.

Sie fehlen uns!
Vermissen Sie auch Urlaub? Wenn Ja, träumen Sie nicht mehr, wir können es kaum erwarten Sie in den Urlaub zu schicken!

Sabine Behrensberg
Wir freuen uns auf Sie!

Urlauben Sie bei uns!
Nordmarkt 4 (ggü Cafe Kritz) • Fibg
Service Telefon: 046 1 - 178 41
urlaub@cooken.de • www.cooken.de

Reisebüro
by Wan Ling Got

der Hamas.

Zeina Barakat in Ost-Jerusalem fragt, warum Siedler den Konflikt erneut entzündeten, indem sie betende Christen und Moslems an den heiligsten Stätten und heiligen Festen, zu Ostern und im Ramadan, attackierten. Dass sich die israelische Regierung zunehmend in die Religion einmische und Palästina damit unter neuen Druck gerate, beunruhigt auch Udo Steinbach. Auch bei diesem Thema setzt das Flensburger Graduiertenprogramm an, das beitragen soll zur Deradikalisierung, sagt Ralf Wüstenberg, und bis in Fragen von Erziehung hineinreiche.

„Ohne Wahrheit keine Versöhnung“, ist die zentrale These des ersten Jahres, gefolgt von den Begriffen Versöhnung und Gerechtigkeit, die auch anhand anderer Länderbeispiele (Kosovo) vermittelt werden. Religion spiele im dritten Jahr des Kollegs die Hauptrolle,

„Populistische und fremdenfeindliche Bewegungen polarisieren die deutsche Gesellschaft“, beobachtet er. Der Hass unter überwiegend jüngeren Mitbürgern und Mitbürgerinnen mit familiären Wurzeln im Nahen Osten sieht er als eine Triebkraft der Gewalt gegen Juden auf deutschen Straßen. Das Wort „Antisemitismus“ sei da nur bedingt zutreffend, denn die Wurzel des Wortes bezeichnet Menschen in einem Sprachraum, dem Hebräer wie Araber angehören.

Dass seine Kollegin Zeina Barakat bei alldem den Funken Hoffnung nicht verliert, genauso wenig wie die künftigen Teilnehmer des Promotionskollegs, findet er bemerkenswert. Barakat sagt zwar, dass das Trauma über Generationen bleiben werde, aber sie ist sicher: „Unser Konflikt wird eines Tages gelöst sein.“ Wenn sie aufgeben würde, wäre damit nichts erreicht.